

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39
Telefax: 8 86 848 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Robert Antretter MdB zum
Parteitag der SPD Baden-
Württemberg: Selbstbewußt-
sein und Zuversicht.

Seite 1

Heinke Salisch MdEP zum
bis Ende 1992 geplanten EG-
Binnenmarkt: Chance und
Herausforderung für Wirt-
schaft und Politik.

Seite 3

Heidemarie Wiczorek-Zeul
MdB zur vom Bundespostmi-
nister zugelassenen Propagan-
daaktion der Rechtsextre-
men: DVU-Post zurück an
den Absender!

Seite 5

Dokumentation:

Eine Delegation des kürzlich
gegründeten Rom-Forum
wird am Donnerstag nach
Bonn fahren, um auf die La-
ge der in der Bundesrepublik
lebenden heimatlosen Roma
aufmerksam zu machen. Die
Delegation wird Bundesprä-
sident Richard von Weizsäcker
eine Petition übergeben,
in der das Bleiberecht für he-
imatlose Roma gefordert
wird. Wortlaut

Seite 6

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

44. Jahrgang / 111

14. Juni 1989

Selbstbewußtsein und Zuversicht

Zum Parteitag der SPD-Baden-Württemberg

Von Robert Antretter MdB
Mitglied des SPD-Landesvorstandes Baden-Württemberg

Der Konstanzer Parteitag hat es gezeigt; die SPD Baden-Württemberg macht ernst mit der ökologischen, sozialen und kulturellen Erneuerung der Industriegesellschaft. Was Ulrich Maurer und Dieter Spöri in ihren Reden gemeinsam darstellten, war ein sozialdemokratisches Alternativprogramm zur gedankenlos-trägen Landesverwaltung durch die CDU, wo zwar viele Pannen passieren, sonst aber nichts Neues geschieht - es sei denn im Bereich des wirtschaftlichen High-Tech oder beim Kulturfeudalismus des Lothar Späth, der offenbar immer stärker Dekoration mit Innovation zu verwechseln scheint.

Daß die SPD mit der demokratischen Erneuerung bei sich selbst beginnt, machte in Konstanz der hohe Frauenanteil (48 Prozent der Delegierten) ebenso deutlich wie die Tatsache der Einflußmöglichkeiten der Jungsozialisten, die bei den Wahlen ihre Kandidaten überwiegend gut durchbrachten. Nicht zuletzt unterstrich schon am ersten Parteitagabend eine lebendige Organisationsdebatte, daß die SPD eine aktive Mitgliederpartei ist und die Ortsvereine im Mittelpunkt ihres Selbstverständnisses bleiben.

Im Rechenschaftsbericht stellte Ulrich Maurer heraus, wie wichtig die Treffen der 42 Kreisvorsitzenden in den letzten Jahren waren. Sie sollen künftig gar ein „wichtiger Bestandteil der gemeinsamen Arbeit“ werden.

Gegen das Votum der Antragskommission hat der Parteitag außerdem ein neues Gremium beschlossen, den Landesausschuß, der - beim nächsten ordentlichen Parteitag mit zwei Drittel Mehrheit konstituiert - dafür sorgen soll, daß Kompetenz und Erfahrung der Basis rechtzeitig in Entscheidungsprozesse des Landesvorstandes eingebracht werden. Dieser Beschluß lag ebenso auf der Linie eines neuen Fortschritts wie das Programm für die Gemeinde- und Kreis-tagswahl 1989, das mit einer qualifizierten Diskussion und nach einer ganzen Reihe von Änderungsanträgen schließlich einstimmig verabschiedet wurde. Im Kommunalwahlprogramm stellt die SPD



klar, daß die Interessen der Gemeinschaft Vorrang haben vor wirtschaftlichen Einzelinteressen - vor allem auch deshalb, weil die Aufgabe, Frieden mit der Natur zu schließen, als zentrale Herausforderung dieses Jahrhunderts begriffen wird. Ob dieser Friedensschluß gelingt, daran wird sich nach Auffassung der Sozialdemokraten die Frage des menschlichen Fortschritts überhaupt entscheiden.

Was nun die Bewältigung dieser Aufgabe von Kommunalpolitikern fordert, beantwortet das Wahlprogramm ziemlich konkret. Zunächst ist eine Generalüberholung der baulichen und technischen Infrastruktur verlangt, die ja zum großen Teil nach dem Krieg entstanden ist. Für die Zukunft kommt es darauf an, von den Kommunen her die Wende in der Energiepolitik durch Schritte zum Ausstieg aus der Atomkraft einzuleiten. Und gesellschaftspolitisch erkennt die SPD in einer Zeit des Umbruchs vielfältige neue Chancen, insbesondere auch für Frauen, die Familienarbeit und öffentliches Engagement besser verbinden können, wenn die notwendigen Rahmenbedingungen durch staatliche Hilfsangebote gegeben sind. Die Kinder brauchen mehr Unterstützung und Schutz. Das Alter hat - unter dem Gesichtspunkt der Generationensolidarität - eine große Zukunft, wenn sich in unseren Gemeinden sinnvolle Aufgabenteilungen zwischen jung und alt herausbilden.

Die SPD sieht erwartungsvoll, daß immer mehr fremde Menschen zu uns kommen. Damit gibt es zwar die Notwendigkeit der Integration, aber auch neue Chancen einer gegenseitigen kulturellen Bereicherung. Allerdings wird hier praktisches Engagement gefordert. Dies gilt übrigens auch für eine neue Sensibilität gegenüber den Bedürfnissen und Interessen junger Menschen, die sich politisch einmischen wollen - zumal es künftig objektiv mehr freie Zeit zur individuellen Gestaltung gibt. Daß insofern Kulturarbeit zur Pflichtaufgabe der Kommunen wird auf dem Weg zu einer sozialstaatlich gesicherten Kulturgesellschaft, das betont das Programm zurecht und ausdrücklich.

Konstanz hat aber auch weitere Premieren gebracht: erstmals wurde am Schlußtag - die nervende Prozedur des Wahlverfahrens zum Landesvorstand lag hinter den Delegierten - das moderne sozialdemokratische Staatsverständnis diskutiert, dabei ein Staatsbild entworfen, das Raum läßt für Selbsthilfe, kommunale Selbstverwaltung und für genossenschaftliche Ansätze, ein liberaler Staat, der nicht alles selber machen will, der vielmehr zur Teilhabe und zur Machtkontrolle geradezu ermutigt.

Erstmals auch gab es in Konstanz eine Debatte zum Kulturbegriff mit Denkanstößen und Orientierungen für eine sozialdemokratische Kommunalpolitik, die den Wert von Volksbildung und Volkskultur herausarbeitet gegenüber bürgerlich-elitären Kunstvorstellungen, wie sie etwa in der Villa Reitzenstein gepflegt werden. Zu diesem Thema (wie auch zur Solidarität im Alter) beschloß der Parteitag eine Landesdelegiertenkonferenz, die den Anspruch der SPD auf soziale und kulturelle Erneuerung der Industriegesellschaft vertiefen soll. Und mit dem Blick auf den 18. Juni verabschiedete der Parteitag schließlich eine Resolution zur sozialen Demokratie in Europa, die den Zusammenhang mit einer fortschrittlichen Kommunalpolitik herstellte, in dem sie „Made in Europe“ als Markenzeichen für Umweltschutz verstanden wissen will.

Fazit: Der Konstanzer Parteitag hat sozialdemokratisches Selbstbewußtsein und neue Zuversicht signalisiert. Die SPD hat ihren Führungsanspruch im Land Baden-Württemberg für 1992 unmißverständlich formuliert, mit eigenem Profil und einer klaren Absage an Gedankenspiele über eine große Koalition. Sie hat sich als Partei der Gerechtigkeit und der Aufklärung definiert. Nicht Rücksicht auf die wirtschaftliche Macht von Konzernen, sondern die Förderung des Gemeinwohls ist daher oberste Maxime ihrer Politik.

(-/14.6.1989/vo-he/rs)

Chance und Herausforderung für Wirtschaft und Politik

Zum bis Ende 1992 geplanten EG-Binnenmarkt

Von Heinke Salisch MdEP

Spitzenkandidatin der baden-württembergischen SPD zur Europawahl

Der bis Ende 1992 geplante gemeinsame Binnenmarkt ist Teil einer Reform und Weiterentwicklung der Gemeinschaft, die von den Regierungschefs in der Einheitlichen Europäischen Akte verbindlich beschlossen worden ist, die am 1. Juli 1987 in Kraft trat.

Diese Bereitschaft zum weiteren Ausbau der Europäischen Gemeinschaft ist Reaktion auf die Initiative des direkt gewählten Europäischen Parlaments, die EG in eine wirkliche politische Union umzugestalten. Der vom Europäischen Parlament hierzu erarbeitete Verfassungsentwurf wurde von den nationalen Regierungen nicht angenommen. Sie haben sich durch den Druck dieser Initiative wenigstens darauf geeinigt, die Zuständigkeiten der Gemeinschaft zu erweitern, einen „gemeinsamen Binnenmarkt“ zu schaffen, Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat wieder möglich zu machen und das Europäische Parlament etwas stärker an dem Gesetzgebungsverfahren der Gemeinschaft zu beteiligen. Der „gemeinsame Binnenmarkt“ ist also nur Teil des „Projekts '92“, allerdings ist nur für ihn ein genauer Gesetzgebungsfahrplan beschlossen worden.

Das „Weißbuch“ der EG-Kommission nennt circa 300 gesetzgeberische Einzelmaßnahmen, die die EG zur Vollendung des Binnenmarktes verabschieden muß. Ein gewaltiges Gesetzgebungswerk, in dem die EG ein neues Verfahren der Harmonisierung praktiziert: Der Schwerpunkt der Harmonisierung liegt jetzt auf der gegenseitigen Anerkennung der Bestimmungen und Vorschriften in den Mitgliedstaaten, nicht mehr auf der Erarbeitung von Detailregelungen für die gesamte Gemeinschaft. Dieses Verfahren erleichtert die Gesetzgebungsharmonisierung in der Gemeinschaft, weil es zu einer schnelleren Einigung der zwölf Mitgliedstaaten führen kann.

Der Binnenmarkt wird für vier Bereiche die Schranken zwischen den Mitgliedstaaten abbauen. Sie werden als die vier Freiheiten des Binnenmarktes bezeichnet: Freier Verkehr für Personen, für Waren, für Dienstleistungen und für das Kapital im Europa der Gemeinschaft.

Die Sozialisten in Europa begrüßen den Binnenmarkt als einen Schritt zur Weiterentwicklung der Gemeinschaft und als eine politische Herausforderung, um auf europäischer Ebene erneut politische Gestaltungsfähigkeit zu erlangen.

Dabei setzen europäische Sozialisten klare Prioritäten: Der Binnenmarkt kann nur verwirklicht werden, wenn gleichzeitig eine entsprechende Sozial- und Umweltpolitik in der Gemeinschaft entwickelt wird, so wie es in der Einheitlichen Europäischen Akte ausdrücklich vorgesehen ist. Es ist unerlässlich, daß hierzu für die Gemeinschaft eine verbindliche „Sozialcharta“ verabschiedet wird, die die Rechte und Leistungen für die europäischen Arbeitnehmer verbindlich festschreibt. Hier steht die Gemeinschaft noch am Anfang. Es kommt jetzt darauf an sicherzustellen, daß der Binnenmarkt nicht einseitig realisiert wird.

Gerade in der Bundesrepublik bestehen große Sorgen über die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Wirtschaft unseres Landes. Es ist richtig, daß der Binnenmarkt größere - europaweite - Konkurrenz mit sich bringt und für viele Branchen und Sektoren Strukturveränderungen und Anpassungszwänge auslösen wird. Bisher hat es die Bundesregierung versäumt, die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Bundesrepublik zu untersuchen, um die deutsche Wirtschaft rechtzeitig auf diese Strukturveränderungen vorzubereiten. Im Gegenteil, es gibt konservative Kräfte, die den Binnenmarkt ausnutzen wollen, um geltende soziale Rechte „auszuflaggen“. Bundeskanzler Kohl verkauft seinen Sozialabbau auch immer mit dem Hinweis, daß man im Hinblick auf die Vollendung des Binnenmarktes abspecken müsse. Das ist nicht notwendig. Die rechtlichen Bestimmungen lassen ausdrücklich zum Beispiel im Sozialbereich oder im Umweltschutz nationale Regelungen und Standards zu, die über der EG-Norm liegen.

Über die konkreten Auswirkungen des Binnenmarktes gibt es bisher nur wenig verlässliche Daten. Alle einschlägigen Untersuchungen der Wirtschaft deuten jedoch darauf hin, daß die Bundesrepublik zu den „Gewinnern“ des Binnenmarktes zählen wird. Bereits heute beträgt der Außenhandelsüberschuß der Bundesrepublik und der Gemeinschaft 62 Milliarden DM. Und unsere Wirtschaft wird auch weiter von dieser Entwicklung profitieren.

Grundlage für die Stärke der deutschen Wirtschaft ist auch die Leistungsfähigkeit unseres sozialen Systems, sind Ausbildung und Qualifikation unserer Arbeitnehmer. Beides muß auch bei der Vollendung des Binnenmarktes gesichert bleiben.

(-/14.6.1989/vo-he/rs)

* * *

DVU-Post zurück an den Absender!

Zur vom Bundespostminister zugelassenen Propagandaaktion der Rechtsextremen

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums

Wer Post von der rechtsextremen „Deutschen Volksunion“ (DVU) bekommt, soll sie umgehend mit dem Vermerk „Annahme verweigert“ in den nächsten Postkasten stecken. Sie kann auch zu den Infoständen der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) gebracht werden, wo sie dann vernichtet wird.

Die schamlose Hetze der Rechtsextremen darf nicht hingenommen werden. Fremdenfeindlichkeit, Rassenhaß und die Diskriminierung von Minderheiten dürfen bei uns keinen Platz bekommen.

Dem Bundespostminister ist vorzuwerfen, tatenlos dem Mißbrauch der Post für rechtsextreme Propaganda zuzuschauen. Er macht sich damit mitschuldig an der Vergiftung des geistigen Klimas in der Bundesrepublik.

Gleichzeitig legt er eine unverantwortliche Gleichgültigkeit gegenüber den Gewissenskonflikten der Zustellerinnen und Zusteller an den Tag, die sich nicht dazu hergeben möchten, rechtsextreme Propaganda zu verbreiten und damit Haß und Feindschaft zu säen.

All denen die Menschlichkeit und Toleranz ein glaubwürdiges Anliegen sind, sind aufgerufen, sich in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz und im Familien- und Bekanntenkreis um den Abbau von Vorurteilen gegenüber Ausländern zu bemühen.

Es muß beispielsweise klargemacht werden, daß Ausländer nicht - wie von Rechtsextremen und auch Kreisen der CDU/CSU behauptet - auf Kosten der Deutschen leben.

Ausländer tragen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik bei, indem sie jährlich mehr als zehn Milliarden Mark Lohn- und Einkommensteuer sowie acht bis zehn Milliarden Mark an Beiträgen für die gesetzliche Rentenversicherung zahlen. Die Ausländer nehmen auch nicht den Deutschen die Arbeitsplätze weg, vielmehr würde in Krankenhäusern, bei der Müllabfuhr, im Gaststättengewerbe und anderen Branchen ohne ausländische Beschäftigte der Betrieb zusammenbrechen.

Wir brauchen die Menschen aus Griechenland, aus der Türkei oder aus Portugal, und sie sind hier willkommen. Sie sind eine Bereicherung unseres Lebens.

(-/14.6.1989/vo-he/rs)

DOKUMENTATION

Roma: Wir können nicht länger unter dem Druck der Angst leben

Eine Delegation des kürzlich gegründeten Rom-Forum wird am Donnerstag nach Bonn fahren, um auf die Lage der in der Bundesrepublik lebenden heimatlosen Roma aufmerksam zu machen. Die Delegation wird Bundespräsident Richard von Weizsäcker eine Petition übergeben, in der das Bleiberecht für heimatlose Roma gefordert wird. Der Wortlaut:

Vor über tausend Jahren mußten wir unsere Urheimat Indien verlassen; seitdem stehen die Räder unserer Wagen nicht still. Wir haben versucht, uns in verschiedenen Ländern anzusiedeln, aber fast überall wurden und werden wir verfolgt, kriminalisiert, vertrieben und diskriminiert, weil wir eine andere Hautfarbe haben, eine andere Sprache sprechen und weil unsere Kultur eine andere ist. Viele von uns stammen aus ost-europäischen Ländern, wo wir am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts noch immer auf der niedrigsten gesellschaftlichen Stufe stehen und am Rande der Gesellschaft leben müssen.

Wir kamen nach Deutschland in der Hoffnung, in diesem hochentwickelten Land Zuflucht zu finden. Viele von uns sind staatenlos oder de facto staatenlos, manche sind in der Bundesrepublik geboren und aufgewachsen. Doch beim Erhalt offizieller Briefe müssen wir immer mit der Aufforderung rechnen, das Land zu verlassen.

Wir können und wollen nicht weiter unter dem Druck der Angst leben, aus der Bundesrepublik wie ausgediente Gegenstände hinausgeworfen zu werden; wir fühlen uns wie auf Wanderdünen oder in Palästen aus Eis. Dieser Zustand ist unerträglich - auch wir wollen in Übereinstimmung mit den Menschenrechten leben.

Wir sind nicht länger bereit, auf die Gnade der Behörden zu hoffen, während wir tatenlos in unserer Hilflosigkeit verbleiben und Repressalien und Drohungen ausgesetzt sind. Wir haben uns deshalb in Verbänden und Vereinen organisiert, uns im Rom-Forum zusammengeschlossen und begonnen, eine Bürgerrechtsbewegung der Roma aufzubauen.

Wir glauben, daß wir mit einer halben Million unserer Menschen, die dem nationalsozialistischen Rassenwahn zum Opfer gefallen sind, eine Zukunft für unsere Kinder ‚erkauft‘ haben. Es ist an der Zeit, die Forderungen und Beschlüsse - sowohl des Europäischen Parlaments als auch des Europarates - bezüglich der Niederlassungserleichterung für Roma auch in der Bundesrepublik Deutschland in die Tat umzusetzen.

Angesichts der von Politikern und Regierung bekundeten historischen Verantwortung des Deutschen Volkes gegenüber unserem Volk fordern wir:

- 0 Niederlassungsrecht für Angehörige unseres Volkes in der Bundesrepublik Deutschland sowie das Recht, hier arbeiten zu dürfen.
- 0 Von der Bundesregierung und den Ländern den sofortigen Stopp aller Abschiebungen sowie aller anderen Vertreibungsmaßnahmen gegen unsere Menschen.
- 0 Unterstützung und Hilfe zur Wahrung unserer bedrohten Kultur.
- 0 Endlich unsere Familien und unsere sozialen Strukturen zu akzeptieren und zu respektieren.
- 0 Bürgerrechte und die Anerkennung als eine gleichberechtigte ethnische und kulturelle Minderheit in diesem Land.

(-/14.6.1989/vo-he/rs)